

Der Gemeindegewerkschafter

Organ des Zentralverbandes
der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und
Bediensteten in den Gemeinden- Kreis- u. Provinzial-Betrieben

Erscheint alle 14 Tage. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. für Mitglieder gratis. — fernsprecher A 5538.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften

Anzeigenpreis für die viergespaltene Zeile 20 Pfennig. Anzeigen der Ortsgruppen 10 Pfennig.

No 26

K 512, am 27. Dezember 1919.

VII. Jahrgang.

Zum Jahreswechsel

wünscht allen Mitgliedern und deren Familien

„Ein glücklich neues Jahr.“

Zentralvorstand und Schriftleitung.

Jahresrückblick.

Ein weiteres Jahr ist in das Meer der Vergangenheit versunken. An der Schwelle des neuen Jahres es sich wohl Rückschau zu halten. Um es gleich vorweg zu nehmen, wenn nicht der einzelne Mensch, der auch von trüben Tagen goldenen Gewinn für Herz und Seele einheimischen kann, solchen Gewinn im vergangenen Jahre zu verzeichnen hat, für unser Volk, für unsere Nation, für alle seine Glieder war das Jahr 1919 eines der traurigsten, was wir je erlebt haben.

Der seit fünf Jahren erhoffte Friede ist uns heute noch nicht endgültig beschieden. Noch schwachen Hunderttausende von Volksgenossen, die als ehrliche Kämpfer bei der Verteidigung ihres Vaterlandes in Feindeshand fielen, in elendiger Gefangenschaft. Noch fühlen sie in besonderer Weise die Rache des Siegers. Braucht man sich angesichts dieser schwachvollen Tatsache dann noch zu wundern, wenn der Glaube an die ewige Gerechtigkeit schwankend wird, wenn weite Kreise zur Ueberzeugung gebracht werden, daß Macht Recht ist.

Wenn schon während der Zeit, als noch der blutige Kampf wüthete, die sittlichen Kräfte nachließen, in verflissenen Jahre sind sie zu erschreckenden Maße niedergebunden. Was ist von den deutschen Jugendlichen, der Jugend, des Fleisches, der Lüstigen, der sozialen Hilfsbereitschaft geblieben? Hat nicht im vorausgehenden Jahre die R. Jugend, der Arbeiter, das Gauner- und Schieberthum die tollsten Blüten getrieben? Dieser sittliche Niedergang ist viel schlimmer, wie all die Wunden die dem deutschen Wirtschaftskörper zugefügt worden sind. Wirtschaftliche Nachteile und Verluste kann ein sittlich kräftiges Volk in einigen Jahrzehnten, in einem Menschenalter, wieder einholen. Deutschland hat in der Geschichte mehr wie einmal zerschmettert am Boden gelegen. Mehr wie einmal sind auf seinem Rücken die Hände der Welt ausgetragen, ist Deutschland durch den Krieg verarmt und all seine wirtschaftlichen Hilfsmittel beraubt gewesen. Und doch hat es sich wieder erholt und einen

glänzenden, völkischen und wirtschaftlichen Aufstieg genommen. Nur muß der gute Wille, der eigene Wille zur Tat, dazu vorhanden sein.

Schwer genug ist es uns gemacht. Das vergangene Jahr brachte uns die wirtschaftlichen Forderungen eines fast bis ins Herz reichenden Siegers. Ob Deutschland sie vollständig erfüllen wird, hängt weniger vom guten Willen, wie von der Möglichkeit, hierzu ab. Wenn aber, wie im vergangenen Jahre, der Hunger und die Genicksucht, die sich einerseits in Hungerpreisen und höchstem Schlemmerleben, auf der anderen Seite in unverantwortlichen Waffenspreisen und blutigen Purtschen äußert, auch in Zukunft weiter solche Orgien feiert, dann werden wir aller Voraussicht nach, erst noch durch ein größeres Meer von Hunger und Elend hindurch müssen.

Vor diesem Schicksal werden wir aber nur dann bewahrt werden, wenn die Weihnachtsgewissheit: „Friede den Menschen die eines guten Willens sind“ nicht nur gebietet, sondern auch betätigt wird. Nur wenn die allgemein sittlichen, christlichen und nationalen Ideen wieder mehr Beachtung finden, der nackte Materialismus in jeder Form und Gestalt überwunden wird, brauchen wir die Hoffnung auf bessere, glücklichere Zeiten nicht aufzugeben.

Einen Lichtstrahl in all das Dunkel der heutigen Wirren bringt das Anwachsen und die Erstarkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Trotz der allerungünstigsten Umstände haben sich im Deutschen Gewerkschaftsbunde annähernd 2 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen gefunden, um ihren Grundsätzen gemäß, die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse umzugestalten. Aus dem Arbeiter- und Angestelltenstande selbst, der doch berufen ist, hervorragend an der Gestaltung des neuen Deutschlands anzuarbeiten, müssen die sittlichen Kräfte erwachen, ohne die es kein Wiederaufstieg gibt. Nur wenn es diese aufzubringen vermag, wird seine jetzige Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben beibehalten, anderenfalls über kurz oder lang, aber bestimmt, sie an andere, innerlich gesündere Stände abtreten müssen.

Ein jeder Kollege, auch der letzte Straßenfeger kann mitarbeiten. Versucht er gewissenhaft seinen Pflichten, in der Familie, im Vereine, in der Standesorganisation und im politischen Leben zu erfüllen, trägt er seinen Teil dazu bei. Jährlicher Lohn, ein gewisses Wohlleben wird ihm nicht werden.

Das heute so arme Deutschland wird nur bei anstrengender Arbeit seinen Landeskindern eine halbwegs, den heutigen Kulturzuständen entsprechende Lebenshaltung bieten können.

Ehre Pflichterfüllung wird aber auch den Lohn in sich selbst finden. Das Bewußtsein unser Möglichstes getan zu haben, der künftigen Generation, unseren Kindern und Enkeln, die Vorbedingungen für eine höhere Kultur geschaffen zu haben, muß uns genügen.

So wollen wir denn rückwärts Hörend, vorwärts blidend, an der Schwelle des neuen Jahres uns geloben, nichts unversucht zu lassen, alles zu tun, was das Wohl unserer Nation und unseres Standes zu fördern geeignet ist. Glauben wir daher fest an unsere Ideale, an die Wichtigkeit unserer Grundlage. Bringen uns die traurigen Ereignisse des verflohenen Jahres zu dieser Erkenntnis, dann haben wir es nicht umsonst erlebt, dann hat es uns einen Gewinn gebracht, der nicht wieder verloren gehen kann. Durch trübe Erfahrungen in unserem Wissen bereichert, in unserem Willen zum Guten gestählt, werden wir die Kraft zum Wiederaufbau finden.

Esch alle dem.

Der deutsche Gewerkschaftsbund.

Als im vergangenen Jahre nach dem 9. November die rote Welle hereinbrach, war die Betrübnis nicht unüberwindlich, doch nie alles, was bis hierher ihr entgegenkam, mit Gewalt unter sich begraben würde. Kroben von der Art der „Demokratie“ die am besten durch „Willst Du nicht mein Bruder sein, schlag ich Dir den Schädel ein“ gekennzeichnet wird, hatte die nichtsozialdemokratische deutsche Arbeiterbewegung zur Genüge erfahren. Diesem entgegen zu wirken schlossen sich Ende November 1918 die führenden nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmersverbände zu einem Bund und Kräftebündnis zusammen. So zweckmäßig diese Vereinigung für die Stunde auch war, um den unerschütterlichen Gruppen einen stärkeren Rückhalt gegenüber dem roten Terror zu geben, auf die Dauer konnte sie den neuen Aufgaben nicht gerecht werden. Der allen gemeinsame Gegensatz gegen die Sozialdemokratie bot nicht die genügende Plattform zur praktischen, positiven Bestätigung. Sogar kam das Verbände zusammengeschlossen waren, wie Christliche Gewerkschaften und Kirch- und ländliche Gewerksvereine die sich in der Aktion konfrontierend gegenüber standen. Aber auch aus folgenden Gründen konnte der neue Bund den großen Aufgaben der Gegenwart nicht gerecht werden. Mit einer Mehrheitstellung, mit der Aufrechterhaltung notwendiger Dämme gegen die Fluten des zerstörenden sozialistischen Parteigewisses genügen wir den Anforderungen der Stunde bei weitem nicht mehr. Unser Volk, und vor allem unser arbeitendes Volk, muß sich wieder sammeln um große, stichtische, staats- und völkerverhaltende Akte. Ein Wiederaufbau unserer Vaterlandes ist weder zu erreichen durch die rein äußerliche Wendung unserer Wirtschaftsformen noch durch tatenloses, passives Verhalten. Nur aus einem Geiste heraus, der Besseres geben kann, wie die Grundlagen dessen, was zusammengebrochen ist, kann die Erneuerung kommen. „Wenn an die Verwirklichung dieser Gedanken mit Nachdruck herangetreten wird“, so sagte Minister Stegerwald in einer großen Kölner Versammlung „dann hat die Revolution einen weltgeschichtlichen Sinn gehabt; wenn nicht, war sie das größte Verbrechen am deutschen Volke“.

Von diesen Erwägungen leitet haben sich während Organisations im nichtsozialdemokratischen Arbeiterlager die vorbehaltlos auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeitnehmerschaft stehen, zu einem neuen, deutschen Gewerkschaftsbund mit aufstrebenden, politischen Aufgaben zusammengekommen. Der am 22. November d. J. in Berlin neu konstituierte Deutsche Gewerkschaftsbund ist nach seinen Satzung

gen die Zusammenfassung aller Gruppen der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte), zu dem Zwecke:

1. gemeinsame wirtschaftliche und berufliche Interessen möglichst umfassend den Bedürfnissen der neueren Entwicklung;
2. die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen durch die Tätigkeit der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisations zu fördern;
3. den unser Volk verheißenden Placetströmungen zu überwinden durch die Pflege allgemeiner christlicher und nationaler Gedanken.

Träger des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Ortsorganisationen der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden gewerkschaftlichen Vereinsverbände. Die Arbeitergruppe wird vertreten durch den

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

In den idealen Organisations und an dem jetzigen organisatorischen Aufbau der christlichen Gewerkschaften wird nichts geändert. Der letztere erfährt lediglich eine zweckmäßige Fortentwicklung durch die Beteiligung in dem gemeinsamen Arbeitsfeld der drei großen Arbeitnehmergruppen. Abhängig von dem Willen der christlichen Gewerkschaften als die Trägergruppen der christlichen Gewerkschaftsbund. Die Bestimmung der Gesamtorganisation durch sie wird abhängig sein von dem Maße der inneren Anteilnahme an den neuen gemeinsamen Aufgaben.

Die Angestelltengruppe wird vertreten durch den

Gesamtverband Deutscher Angestellter Gewerkschafter

Im Angestelltenlager ist der Aufbau noch nicht so solid wie bei der Arbeitergruppe. Die kaufmännischen und die weiblichen Angestellten sind durch starke Verbände vertreten, hinzu kommen einige weitere Verbände für andere Berufsgruppen. Der bisher dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Reichsverband deutscher Angestellter gibt die einzigen klaren Berufsgruppen für die innerhalb des Angestellten Gesamtverbandes schon Verbände vorhanden sind (Kaufmännische und weibliche) an. Diese ab die Gruppen der technischen Angestellten werden unverzüglich zu selbständigen selbständigen Organisationen innerhalb des Gesamtverbandes ausgebaut. Am 30. November ist in Essen bereits der Deutsche Techniker-Verband als die Organisation der technischen Angestellten und Beamten bei Behörden, in Industrie, Verkehr und Baugewerbe gegründet worden. Die Bildung des Deutschen Werkmeister-Bundes hinter Bestimmung des bisherigen Deutschen Meister-Verbandes in M. Gladbach wird in den nächsten Tagen erfolgen. Der bisherige Reichsverband beschränkt sich künftig auf die Erfassung der Büroangestellten. Die drei letztgenannten Verbände werden ihren Sitz in Essen haben. Danach wird sich der Gesamtverband deutscher Angestellter Gewerkschaften aus folgenden Organisationen zusammensetzen:

- Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen- und Kaufmanns-Verband der weiblichen Handlungs- und Büroangestellten, Berlin.
- Deutscher Bankbeamtenverein, Berlin.
- Reichsverband deutscher Buchhalter, Berlin.
- Deutscher Techniker-Verband, Essen.
- Deutscher Werkmeister-Verband, Essen.
- Reichsverband deutscher Büroangestellten, Essen.

In den neu aufgestellten Verbänden und gegenwärtig rund 100 000 Mitglieder vereinigt.

Der Gesamtverband deutscher Beamten und Staatsangestellten Gewerkschafter

umfaßt zunächst vornehmlich die Eisenbahnerverbände die

dem früheren Reichsfortell der Staatsangestellten angehört haben. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb der Beamtenenschaft befinden sich noch im Stadium der Unklarheit und der Unbereitschaft. Ferner ist es aber jedenfalls, daß von den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Beamten in das fremdenwirtschaftliche Jahrwohler zu stellen. Wenn hier andererseits vorläufig eine abwartende Stellung eingenommen wird, so erfordert doch die Vorgänge in dieser Beziehung einen besonderen Wert auf die Bemerkungen.

So ist denn in dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein großartiges und zeitgemäßes Gebilde geschaffen, innerhalb dessen jeder deutsche Arbeiter, Angestellter und Beamter in seiner Berufsorganisation seinen Platz einnehmen kann. In dem Nebeneinander der drei großen Gruppen liegt die Stärke des Ganzen. Die einzelnen Gruppen haben die Möglichkeit entsprechend ihrer Eigenart und ihren besonderen Aufgaben alle Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Soweit ist das Band der Gemeinsamkeit genügt hart, nur auch in jedem Falle die gemeinsamen Interessen mächtig und geschlossen zur Geltung bringen zu können.

Dem Willen, der den neuen Bund geschaffen, muß jetzt die bestehende Tat folgen. Es gilt den Deutschen Gewerkschaftsbund sobald wie möglich lebens- und aktionsfähig zu machen. Gewiß sind die zu lösenden Aufgaben groß und vielfachartig. Aber sie können gemeistert werden, wenn alle berufenen Stellen sich ihrer verständnisvoll annehmen. Nach Einrichtung der zentralen Stelle muß überall im Lande die Arbeit einsetzen, um die Einzelgruppen mit den richtigen Grundlagen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraut zu machen und um sie zusammenzuführen zur Lösung der gemeinsamen praktischen Aufgaben.

Die Stunde ist groß, freudiger Singende an die Aufgaben, die sie uns stellt, reichlich Lohn. Daran dürfen wir sie!

Die Vertretung des Deutschen Gewerkschaftslandes liegt vorläufig wie folgt zusammen: Den Vorsitz führt der preussische Reichsratsmitglied H. Stegerwald. Stellvertreter sind Otto Thiel vom Deutschen Nationalen Landtagsbevollmächtigten und Gunde vom Gewerkschaftsverband Deutscher Beamter und Staatsangestellter. Gewerkschaften: Mit der Geschäftsführung wurden Dr. G. S. Dissen, früher Direktor eines der größten Angestellten Verbände und der Redakteur Dredemann, früher Angestellter des Gesamtverbandes der deutschen Gewerkschaften, betraut.

Die dem Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationsstellen umfassen heute schon über 1 Million Siebenhunderttausend Mitglieder.

Arbeitspflicht.

Nachstehend geben wir einer Zuschrift Mann, die uns von einem Mitgliede zugesandt wurde. Ohne uns mit jeder Einzelheit voll und ganz einverstanden zu erklären, trifft sie im großen Ganzen doch das Maß, aus dem Grunde sie unverändert und ungeändert Aufnahme finden soll. Sie spiegelt die Stimmung wieder, die in weiten Arbeiterschichten heute anzutreffen ist. (Die Schrift.)

Seit einem Jahr sind die Sozialdemokraten an den höchsten Regierungstellen und im eigenen Lager herrscht noch mehr die Unzufriedenheit als vorher. Taglich bilden sich neue Gruppen und Parteien und das Wort: „Einigkeit macht hart“ ist nur noch ein Schlagwort. Ein Streik sagt dem andern nach. Die Arbeiterschaft wird unterdrückt und die Produktion geschwächt bis zur Erschöpfung. Die Moralpredigten der sozialistischen Regierung, daß Sozialismus

nichts anderes als Arbeit bedeute, hat bis dato wenig gefruchtet. Der Verkehr, sowie die gesamte Industrie liegt darnieder und noch wissen wir nicht, ob wir diesen Winter nicht erkranken oder verhungern müssen. Die letzten Tage, wo die gewaltigen Schneemassen und der Frost plötzlich einsetzten, konnten die Erzeugung für ein ganzes Jahr beeinträchtigt werden. Das ist uns angst und bange. Ganze Flüge mit Kartoffeln sind fast ertrorzen und hier im Westen rechnet man schon wieder mit dem Auslande. Wollen sich die Arbeiter in Deutschland von dem nötigen Zusammenbrüche vorhaupt jemals wieder erholen, dann muß die Arbeitsleistung gesteigert werden. Wir müssen in unserm Wirtschaftsleben Ueberschüsse erzielen. Diese lassen sich aber nicht erzielen durch schöne Worte, sondern es müssen die Taten folgen. Es wird und muß kommen, daß der Arbeitszwang von der Regierung eingeführt wird. Die Arbeitslosenunterstützung muß verringert werden. Man kann es dem arbeitslustigen Arbeiter nicht verhehlen, wenn er Sturm läßt gegen jene, welche sich am Vormittag bei dem Arbeitsnachweis melden und am Nachmittag mit allen Sachen freien Handel treiben und hierbei beinahe sozial verdienen als wenn sie arbeiten gehen. Und wie viele Faulenzer und Tagelöhner senden ihre Frauen aufs Bild und fristen so mit der Arbeitslosenunterstützung ein schones Leben. Die Arbeitslosenversicherung muß sobald wie möglich eingeführt werden. Das Hilfsdienstgesetz das den Arbeitszwang einführt, sollte man sofort wieder in Kraft setzen. Wenn auch der Reichskanzler in seiner Programmrede solches ankündigte, so liegt doch das Gesetz noch in weiter Ferne. In Berlin streicht man immer den Wind von rechts und links, aber die materielle Grundlage für den Wiederaufbau muß unter allen Umständen sicher gestellt werden.

Die Arbeitspflicht wird aber immer ein Scheitern sein, wenn die Arbeiter nicht mit ihrem innersten Interesse selbst mitarbeiten. Alle schönen versprochenen Gesetze von der Regierung werden als ein selbsterworbenes Kind bestehen, wenn nicht in letzter Stunde Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Bewußtsein kommt, daß intensive Arbeit und nur Arbeit uns retten kann. G. J.

Juuk zum alten Geist.

Im Oktoberheft der „Deutschen Arbeit“ schreibt „Wilhelm Helbig“ unter der Spitzmarke „Fäden die zerissen“ — — —

1915. Im Juni. Corsetthöhe. Ein lieber, pflicht-treuer, unfauler Mensch. Eine Zukunftshoffnung unserer Bewegung. Er schreibt drei Tage vor seinem Ableben als Geld an seine Frau: „... glaube mir, ich werde meine Pflicht bis zuletzt tun; bete für mich um Kraft...“

1916. Vor Verdun. Ein Mitarbeiter in unserer Bewegung. Gleich dem Erstgenannten eine Zukunftshoffnung, voll von Arbeitsplänen und Ideen christlich-sozialistischer Art. Vor dem Abmarsch in den Graben an seine Frau und sein Töchterchen: „... Ihr sollt Euch meiner nicht schämen, glaubt, wenn ich nicht wiederkomme, ich habe meine Pflicht getan...“ Und an seinen Patenmessen, ein Kind von einigen Monaten: „... wenn Du einmal groß bist und ich nicht zurückkommen sollte, sollst Du wissen, daß ich auch für Dich mein Leben gab; ich kann dieses Opfer für Euch Lieben in der Heimat nur bringen im Hinblick auf die Kraftquelle von Golgatha. Wenn Du ein Mann sein wirst, sollst Du mich und meine Kameraden verstehen...“

„Pflichttreue“, Opferbringen“, selbst „das Leben für andere dahingeben“, es sind Fäden, die zerrissen. Gar gründlich hat das „Tier“ im Menschen mit diesen sittlichen Werten in kurzer Frist aufgeräumt. Beweis: die Gegenwart. Wer knüpft die Fäden wieder?

Heinrich Weging stellt in einem, dem Volksweltismus gewidmeten Artikel (Zusatz der „Deutschen Arbeit“, 1919) die Frage, wo ein neuer sozialer Menschheitstyp zu finden sei, der imstande wäre, ein höheres Ideal vorzulieben und demselben, unmaßigen Opfern zum Trotz, treu zu bleiben. Er vermag diesen „Typ“ „am deutlichsten in der christlichen Arbeiterbewegung zu erkennen“.

Es fällt mir fast schwer — mag es eine schwache Stunde sein —, meinen Glauben freudig zu teilen. Früher war's anders. Plünderten nicht einmal vor 17, 18 Jahren einige junge christliche Gewerkschaftsführer ihre Sparbüchlein, um die fällige Streikunterstützung zahlen zu können? Gab uns nicht der Abscheu vor allem Niedrigen und Gemeinen, verbunden mit den Lehren der Bergpredigt und der Liebe zu unserer Volk, den großen Impuls, für eine christliche Arbeiterbewegung treppauf, treppab zu laufen? Wie sieht's demgegenüber heute bei der übergroßen Mehrheit „unserer“ Jugend aus? Ah, so kluge Redner und Möglichkeitenpolster wie sie, waren wir damals nicht.

Zerrissene Fäden. Vielleicht deshalb, weil sie auch bei uns zerrissen. „Sittliche Erneuerung“, sie darf nicht nur gepredigt, sie muß gelebt werden. Wie war's, wenn wir im kleinen, also erst mal bei uns selbst anfangen, zerrissene Fäden wieder zu knüpfen?

Zum Koalitionszwang.

Die Gewerkschaften haben im letzten Jahre einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen gehabt. Ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterkraft von der Coalitionsstrategie ausgiebigen Gebrauch gemacht hat. Vor dem Beginn ganz und gar für die Arbeiter das Recht sich zu organisieren, aber dann schrecklich viele davon zurück, von dem Recht Gebrauch zu machen, da sie eine Verwirklichung seiner des Arbeitsbesitzes fürchteten. Gab es doch sogar Verträge in denen trotz der gesetzlich gewährten Koalitionsfreiheit, Koalitionsverträge bestanden, d. h. in den betreffenden Verträgen war es den Arbeitern und Angestellten verboten, einer anderweitigen Gewerkschaft anzugehören oder beizutreten. Zuwiderhandlungen wurden mit Entlassung bedroht. Mit dem Ende des Krieges haben diese Bedrohungen endlich ein Ende gefunden.

Leider ist aber in heutigem Maße zu bemerken, daß an die Stelle des Zwanges durch die Arbeitgeber, der Zwang seitens der Arbeiter selbst herein in den Laufe des Jahres haben auch wie über viele Fälle berichten können, in denen ein Mitglied unseres Verbandes den Absicht aus dem Verbands, und der Absicht in eine sozialdemokratische Organisation verlangt wurde. In anderen Fällen drohten die roten Verbandsglieder unseren Kollegen mit Entlassung. In den meisten Fällen haben unsere Kollegen sich aber nicht einschließen lassen, sondern haben dem Verbands trotz aller Schwierigkeiten die Treue gehalten. Dieses machtvolle Element für ihre Überzeugung hat zumeist dazu geführt, daß die Terroristen von der Wahrnehmung ihrer Drohungen ablassen. Immerhin haben doch manche Kollegen sich durch solche Drohungen zurücklassen lassen, und sind deshalb aus dem Verbands ausgestiegen.

Anderer Verbands konnten auch berichten, daß die Terroristen die Entlassung christlich organisierter Arbeiter verlangt und durchgeführt hatten. Es ist bedauernd, festzustellen, daß in solcher

Weise die Organisationsfreiheit seitens organisierter Arbeiter mit Füßen getreten wird und Arbeiter wegen ihrer Überzeugung aus Brot und Boden gedrückt wurden.

Dieser Terror gegen uns ist in keinem Maße bedauerlich und verwerflich. Noch schlimmer ist es, wenn derselbe gegen die Staatsmacht als solche in Anwendung gebracht wird. Zu haben ist die ganze freie Gewerkschaften den Versuch gemacht, Verbands- und Arbeiter-Verbindungen von Reichs- oder Bezirksparlament auszuschließen.

Mit dem Koalitionszwang befaßte sich nun kürzlich eine Kommission, die vom Reichsarbeitsministerium ernannt war, und am Mittwoch, den 20. November in Berlin tagte. Der Vertreter der Regierung, Herr Regierungsrat Dr. Siefert, erklärte, daß sich in letzter Zeit die Fälle vermehrt, in denen versucht werde, unzulässigen Koalitionszwang auf anderegewählte Arbeitergenossen auszuüben. Die Bemühungen des Reichsarbeitsministeriums, solche Übergriffe mit Hilfe der Verbände selbst zu beseitigen, seien nicht immer von Erfolg begleitet gewesen, es sei deshalb schon angeordnet worden, gegen diesen Koalitionszwang gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen. Er halte jedoch vorerst noch eine Besprechung mit den Gewerkschaftsorganisationen für praktisch. Vertreter der christlichen und Christ-Quakerschen Gewerkschaften gaben darauf ihrem Bedauern über die wachsenden Terrorismustakte Ausdruck. Sie hielten gleichfalls in erster Linie ein wirksames Eingreifen der Verbandsleitungen für erforderlich, seien aber, sofern sie erfolglos blieben, unbedingt gesetzliche Maßnahmen und Sicherstellung der Organisationsfreiheit folgen müsse. Auf alle Fälle wünschte man eine Erklärung der drei beteiligten Coalitionsorganisationen, die in schärferer Form den Organisationszwang verurteilen soll. Die Vertreter der freien Gewerkschaften verwarfen zwar zunächst die vorgeschlagenen Fälle von Organisationszwang als harmloser Natur hinzustellen, erklärten sich ebenfalls damit einverstanden, daß eine gemeinsame Erklärung seitens der Coalitionsorganisationen, die die Organisationsfreiheit in sich selbst und in anderen Fällen nicht, wenn gesetzlich Zwang gegen die Organisationsfreiheit verurteilt werden soll. Mit Rücksicht darauf hat Herr Dr. Siefert darauf hin, daß eine durchgreifende Besserung nur dann erzielt werden könne, wenn gegen die betreffenden Personen, welche sich am Organisationszwang beteiligen, auch seitens der Verbände mit allem Nachdruck eingeschritten würde. Wenn das geschieht dürften betragslose Lohnbewegungen und Tarifverträge doch viel besser werden. Vom Standpunkte des Arbeiters und der Arbeiter mußte allerdings auf den Zwang unmöglich gemacht oder gebührend geahndet werden. Dasselbe gilt auch hier die weitere Einsicht und das Recht selbst.

Lohnbewegungen und Tarifverträge.

Zur Lohnbewegung in Darmen.

Unter Hinweis auf Gewährung einer Beschäftigungsgarantie von 1000 M. für alle Arbeiter wurde seitens der Verwaltung abgelehnt. Bei den diesbezüglichen Verhandlungen kam aber eine Einigung dahingehend zustande, daß die bisherigen Stundenlöhne wie folgt erhöht werden.

- Gruppe 1 jetzt 2,40 bis 2,50 M. ab 1. Dezember 1919 2,90 bis 3,00 M.
- Gruppe 2 jetzt 2,30 bis 2,40 M. künftig 2,75 bis 2,90 M.
- Gruppe 3 jetzt 2,20 bis 2,30 M. künftig 2,60 bis 2,75 M.
- Gruppe 4 jetzt 1,50 bis zu 1,70 M. künftig 1,80 bis zu 1,90 M.

Zerner wurde Einverständnis erzielt, daß 1. die neue Lohnzahl am 1. Dezember 1919 in Kraft tritt, 2. für die Zeit ab 1. Oktober bis 1. Dezember die am 1. Dezember geltende Erhöhung der Lohnsätze nachgezahlt wird, mit der Maßgabe, auch den nach dem 23. Oktober 1919 aus dem nordischen Dienst ausgeschiedenen für die vor dem 23. Oktober 1919 im nordischen Dienst verweilenden für die Maßnahme zu berücksichtigen. Die Erhöhung der Löhne findet keine Anwendung auf die an der Pumpen- und

Die verschiedensten Umstände lassen jedoch die Frage über — wie organisieren wir uns? — schwer erscheinen, wenn die Angelegenheiten bis heute noch so ziemlich unter der alten, nicht mehr der Neuzeit entsprechenden Verhältnisse stehen, die die Jugend der Person emergeren erzieht, andererseits aber Stoff ergibt in den einzelnen erweckten, die bis heute in ihrer ganz geringen Ausnahmefällen verwirklicht wurden. (Das Streben kommt zu werden).

Wie steht es nun mit den Angelegenheiten in den jungeren Erziehungsanstalten aus?

In Erziehungsanstalten verändert sich langsam, aber stetig, das nicht allein ein Direktor mit seinen technischen Berufen Erzieher sein müssen, sondern diese Eigenschaft mag in hohem Maße alle Angelegenheiten betreffen, die regelrechte mit der modernen Jugend zusammenkommen. Die Haupterziehungssache dreht sich aber zweifellos den bei mit den jüngeren auf den Vater, in der Welt oder sonstwie auf die Lebenswelt geht, wenn erstens kein Beispiel zweitens keine Anweisungen von einer Art sein müssen, die wirklich erzieherisch wirkt.

Wenn wie die junge Pflanze, die nicht ins Erdreich gebracht von gesunder Hand des Gärtners hebet und gepflegt sein will, muß der Jüngling eine Stufe haben, an die sich sein junges Verweilen anlehnen, damit wieder einmal ein Landwörter Mitglied der menschlichen Gesellschaft aus ihm wird.

Es ist da wirklich nicht gleichgültig, wer sich für diese Aufgabe bezieht, sondern es muß auf die Charakteristik gesehen werden, die allem Erfolg versprechende Arbeit mit sich bringt.

Die Verhältnisse des Lebens wirken aber unabweisbar auf Charakter, Geist und Gemüt des Erziehers ein und wenn irgend etwas Einfluß im ersten Sinne auf denselben haben kann, so ist es ein zufriedenes oder unzufriedenes Leben, und Arbeitsverhältnis.

Was haben aber diejenigen, die sich bis zum gegenwärtigen Moment um diese Dinge hätten kümmern sollen, getan, um die Los der Angelegenheiten zu verbessern? In Vorlesungen und Vorträgen hat es wunderbar nicht gefehlt, die Erfolge aber sind so minimal, das es leicht begreiflich ist, wenn jetzt die Angelegenheiten zur Zufriedenheit übergehen und sich gewissermaßen selbstständig machen, damit auch ihnen der Platz an der Sonne im neuen Deutschland gegeben wird.

Auch der Erziehungsangelegenheiten hat ein Recht auf gewisse Arbeitszeit, damit ihm Gelegenheit gegeben wird, sich gütlich zu betreiben in die schweren Aufgaben seines Landes. Seine Arbeit bedarf des Gutes und Rates, auch bei 14 und nicht nur der Tätigen aber, bleibt für die Familie man viel übrig.

Die Gehaltsverhältnisse haben sich wohl auch entsprechend den Lebensverhältnissen etwas geändert, aber gemeinen an die Gehälter in anderen Berufen sind sie um Bedeutendes zurückgefallen.

Das Einkommen aber bildet die wichtigste Grundlage für die Gestaltung des ganzen Lebens und wo es nicht genügend ermöglicht, müssen andere Vorstände, die sich kein Platz für Ideale, deren der Erziehungsangelegenheiten nicht abgeben sein darf.

Die Stellung als Erziehungsleiter, mag keiner verneinende Gefühle auslösen in der Welt, daß der Mann, der sich diesem Beruf widmet, darauf rechnen kann, daß wenn er in seinem Laufe verbunden, ihm ein ruhiger und geliebter Lebensabend beschieden ist.

Weil aber all dieses nicht genügend Berücksichtigung wurde, weil man vielmehr bis heute den Angelegenheiten niedriger Ordnung als den Kräftekräften beachtet, auf den man alle Schuld schulden und der dann gehen konnte, wie der Mohr, der seine Schuldigkeit getan, wenn man ihn nicht mehr braucht. Darum müssen sich die Angelegenheiten gewerkschaftlich zusammen.

In einer solchen Organisation müssen die Angelegenheiten sich finden, damit sie in den berechtigten Gehalt der Fortschritte gelangen, die ihnen so lang verschuldet waren.

Der Streikverband des Gemeindevorstandes und Straßenfahrer nimmt als besondere Sparte die in Provinzialverwaltungen Beschäftigten auf und vertritt auf Grund seiner unabhängigen Stellung, die in Prinzip zu den anderen Arbeit.

Demnach die Verhandlungen in den Provinzen, die im Zusammenhang werden geschloffen, bezieht sich dieses Verbandes und sagt auch nicht länger von der Lohn zur sozialen Wohlfahrt zu drängen.

Arbeiterbewegung.

Der Gemeindevorstand des Gewerkschaftsbundes wurde kürzlich in Düsseldorf gefeiert. Der Mitglied des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat zu die Verhandlung der im Tarif für die Metallindustrie vorgesehene Vergütung bzw. Suspendierung am 1. August 1912. Die Löhne um 10% zu erhöhen. Der Vorwende führte in der Spezialverhandlung aus: Die Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes sind also nicht Mitglieder einer Gewerkschaft, die durch technische oder sonstige Arbeit bedingt auf dem Gebiete des Tarifwesens gewirkt hat, haben keinen Anspruch auf die Vorteile des Tarifwesens. Der Allgemeine Arbeiterverband hat in seinem Sinne als einen Kampf gegen die Lohnknechtung durch die Gewerkschaften der in diesen Verträge im Allgemeinen der Verband würde doch nur versucht, den Gewerkschaften die Mitglieder abzurufen. Eine Organisation, die derartige Tendenzen verfolgt, kommt an den Wohlfahrt eines Landes keinen Nutzen haben.

„Freiheit“ die im Jahre, nachdem seitens des hohen Reichspostamtes über die in dieser Hinsicht nur den von ihm selbst gestellten Terminen abzugeben, seien wie uns verabschiedet, sehr regelmäßig seine Schiedsdaten zu veröffentlichen.

Bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn hat der tote Transportbetriebsverband ein neues Leben des Verkehrs, das betriebl. total eingebaut, circa 800 die Größe der Wagen haben sich dabei der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Gewerkschaft) angeschlossen.

Bei den letzten Verhandlungen, zwecks Erleichterung des Tarifs, verlangten nun die freien Gewerkschaften die Abschaffung aller nicht sozialdemokratischen Verbände und hatten folgende Erklärung, alle die unter diesem Lohnvertrag beschäftigten Personen haben dem Allgemeinen Arbeiterverband, resp. Verbandsmitgliedern, daß sie einer der freigewerkschaftlichen Organisationen, die ein Verbandsmitglied in Frage kommen, beitreten. Der Antrag dieses Nachweises, der jedoch nicht befolgt werden kann, in Grund zur Entlassung, wenn der Arbeiterverband bzw. Verbandsmitglied dies verlangt.

Langsam wird sich nicht weniger verlangt, das Tag auf etwaiges „Geheiß der freien“ Gewerkschaften einander die Verhandlungsbasis 10 bis 20, lang sollte auf die Straße sein. Der dies Angelegenheiten sich unter das Joch der freien“ Organisationsbedingungen beugen.

Darüber hat am 11. Dez. unter einer Konferenz aller beteiligten Verbände (Arbeiter und Arbeiter) vom Reichs- und Provinzialer Schlichter hingehalten, wenn dieser sich ganz eindeutig auf den Seiten der Arbeiter und der freien Verbände und die Vertreter der freien Verbände ausdrücklich vermindert, den bisherigen gewerkschaftlichen Grundfragen und dem positiven Rechte entsprechend ihre bisherige Haltung aufzugeben und in Gemeinschaft mit der Gewerkschaft Landes- und Provinzialer mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Eine Verhandlung, wie die oben kurz angedeutet, kann die Verhandlungen nicht nur nicht anerkennen.

In ähnlichen Gedanken nun, die sich derartige Gewalttätigkeiten gegenüber unabhängigen Verbänden glauben erlauben zu dürfen, müssen und haben sich und den, über die Be-

